

Imholze, Rainer

Lernchancen auf kommunaler Ebene. Das Beispiel der Städtepartnerschaft

Zeitschrift für Entwicklungspädagogik 12 (1989) 1, S. 16 u.25-29



Quellenangabe/ Reference:

Imholze, Rainer: Lernchancen auf kommunaler Ebene. Das Beispiel der Städtepartnerschaft - In: Zeitschrift für Entwicklungspädagogik 12 (1989) 1, S. 16 u.25-29 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-64755 - DOI: 10.25656/01:6475

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-64755>

<https://doi.org/10.25656/01:6475>

in Kooperation mit / in cooperation with:

ZEP

Zeitschrift für internationale Bildungsforschung
und Entwicklungspädagogik

"Gesellschaft für interkulturelle Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik e.V."

<http://www.uni-bamberg.de/allgpaed/zep-zeitschrift-fuer-internationale-bildungsforschung-und-entwicklungspaedagogik/profil>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS

DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation

Informationszentrum (IZ) Bildung

E-Mail: pedocs@dipf.de

Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

ZEP

Zeitschrift für EntwicklungsPädagogik

1



Entwicklungsbezogene Bildung

ZEP 1

Zeitschrift für EntwicklungsPädagogik

12. Jahrgang, März 1989

Inhalt:

Georg Friedrich Pfäfflin:
Erfahrung mit dem Thema „Dritte Welt“ im Schulunterricht und in der Erwachsenenbildung

K. Friedrich Schade:
Publizistische Stellvertretung

Bernd Wolpert:
Was bewirken Dritte Welt-Medien?

Rainer Imholze:
Lernchancen auf kommunaler Ebene. Das Beispiel der Städtepartnerschaften

Johannes Holz:
Projekt „Aalen und die Dritte Welt“. Solidaritätsarbeit und Kommunalpolitik

Arnim Vielhaber:
Erfahrungen mit Qualifizierungsmaßnahmen im Dritte Welt-Tourismus am Beispiel der Sympathie-Magazine

Rainward Bastian:
Lernen Mediziner?

Wolfgang Mai:
Ein Hilfswerk und seine ökumenischen Besucher

Regula Renschler:
Lobby oder Masse? Vom aktionsgruppenspezifischen Lernen zum Lernen mit Mehrheiten am Radio

Jürgen Hammelehle:
Vom Reisebüro zur Tourismuskritik

Thomas Knöbelspiess:
Buchhalter der Bewegung

Hedy Krauth:
10 Jahre Arbeit in einem Entwicklungsbezogenen Zentrum

17

PRAXIS

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Dieses Heft befaßt sich schwerpunktmäßig mit „zielgruppenorientierter entwicklungsbezogener Bildungsarbeit“. Was für ein semantischer Sprachsack! Was ist gemeint?

Seit langem ist denen, die für Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe zuständig sind, klar, daß es weder reicht, Entwicklungsdienst und Entwicklungsprojekte in Übersee zu fördern, noch im eigenen Lande nach dem Gießkannenprinzip Informationsvermittlung zu betreiben. An Stelle einer früher eher diffusen und unspezifischen Bildungsarbeit ist inzwischen eine differenziertere Bildungsarbeit getreten, die sich entweder mit bestimmten Zielgruppen, wie z.B. Lehrer, Mediziner, Arbeitnehmer, Aktionsgruppen etc., oder aber mit bestimmten Themen, wie z.B. Medien, Dritte-Welt-Tourismus, kommunale Kulturpolitik etc. befaßt.

Dieses Heft berichtet darüber. Die Autoren und Autorinnen sind allesamt „Praktiker“, d.h. sie betreiben tagtäglich entwicklungsbezogene Bildung, sei es nun als Referent, als Sekretärin in einer „entwicklungsbezogenen Zentrum“, als Sachbearbeiter, der „Bildungsprojekte“ abwickeln muß, als Redakteurin beim Radio, als „Fachstelleneinhaber“ in einem von der EKD geschaffenen „Zentrum für entwicklungsbezogene Bildung“ etc. Die Autorinnen und Autoren, ob sie nun Grundsätzliches zu ihrer Arbeit schreiben oder ihre Erfahrungen berichten und reflektieren, die sie bei ihrer Arbeit machen, gehen dabei von drei Fragestellungen aus:

- warum zielgruppenorientierte Bildungsarbeit?
- welche Erfolge lassen sich dabei feststellen?
- welche Wirkungen sind erkennbar oder zu machen?

Ihr
Georg Friedrich Pfäfflin

Rainer Imholze

Lernchancen auf kommunaler Ebene. Das Beispiel der Städtepartnerschaft

Sind Kommunen eine neue „Zielgruppe“ entwicklungspolitischer Bildung? Die ständig zunehmende Zahl von Städtepartnerschaften mit der Dritten Welt bieten neue Chancen entwicklungspolitischen Lernens. Aber wer lernt was? Was ist zu beachten? Der Autor, Erziehungswissenschaftler im Bereich kommunaler Kulturarbeit und Dritte Welt zu Hause, reflektiert in seinem Beitrag neuere kulturpolitische Ansätze und Erfahrungen mit Städtepartnerschaften in Nordrhein-Westfalen.

1. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Die Zahl der Städtepartnerschaften mit Kommunen peripherer Regionen steigt ständig und dokumentiert das wachsende Interesse an kommunaler Entwicklungszusammenarbeit (Stand 1987: total 76, davon 40 in Afrika, 15 in Asien und 21 in Lateinamerika (vgl. Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände 1987)). Es handelt sich dabei nicht um eine neue Entwicklungsstrategie, sondern um eine Ergänzung und/oder Alternative zur staatlichen, nicht-staatlichen und kirchlichen Entwicklungspolitik. Sie ist eine Reaktion auf die vielfältigen Aktionen entwicklungspolitischer Gruppen, Partnerschaftsvereine, Solidaritätsgruppen sowie eine Antwort auf das Interesse und Engagement einzelner Bürgerinnen/Bürger im lokalen und regionalen Kontext.

Der Rat der Gemeinden Europas (RGE), der Deutsche Städtetag, Kommunale Spitzenverbände (IULA), Landesregierungen, politische Parteien und

einige nicht-staatliche Entwicklungsorganisationen (u.a. terre des hommes, Welthungerhilfe) fordern eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit. In diesem Zusammenhang fanden in den letzten Jahren Seminare und Symposien statt (zuletzt in Mainz im Rahmen der Nord-Süd-Kampagne des Europarats, Nov. 1988), die die vielfältigen Probleme kommunaler und nicht-staatlicher Entwicklungszusammenarbeit thematisierten und in die öffentliche Diskussion brachten. Auch wurden drei Erklärungen „zur Ausweitung kommunaler und regionaler Entwicklungszusammenarbeit und zur Förderung der Informations- und Bildungszusammenarbeit“ („Kölner Aufruf“, „Madriider Appell“, „Mainzer Erklärung“) verfaßt (erhältlich bei terre des hommes, Deutsche Welthungerhilfe, Stadt Mainz). Schlagwortartig wird diese Form des entwicklungspolitischen Engagements mit Begriffen wie „Interdependenz und Solidarität“, „Global denken – lokal handeln“ und „Von der Wohltätigkeit zur Gerechtigkeit“ umschrieben.

Die kommunale Praxis zeigt jedoch, daß dieses für die Städte und Gemeinden relativ neue Handlungsfeld nicht einfach zu handhaben ist und daß die Möglichkeiten, die sich aus einer existierenden Städtepartnerschaft ergeben, häufig ungenutzt bleiben. Und da es sich um kommunale Angelegenheiten handelt, institutionalisiert ist und verwaltet wird, machen sich die Kommunalpolitiker und Verwaltungsfachleute über rechtlich-administrative Aspekte mehr Gedanken als über Ziele, Inhalte und Form interkulturellen Lernens im Rahmen einer Städtepartnerschaft.

Die Probleme, die sich aus der Verbindung mit einer außereuropäischen Kommune ergeben, sind wesentlich komplexer als häufig vermutet: Entfernung, Dependenz und kulturelle Gegensätze erschweren den Dialog mit dem jeweiligen Partner. Unterschiedliche Norm- und Wertvorstellungen, ihre Interpretation und Wahrnehmung können schnell zu Fehlinterpretationen führen. Zweifelhaftes Motive, unklar definierte Ziele und Kriterien, eine dem Neuen wenig aufgeschlossene Verwaltung, mangelndes Einfühlungsvermögen in fremde Kulturen (Empathie), fehlende Professionalität und Konzeptlosigkeit sind Gründe, die eine „gutgemeinte“ Partnerschaft bereits im Ansatz scheitern lassen. Die Entscheidung für eine Partnerschaft sollte deswegen

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 25

erst nach gründlicher Überlegung und Diskussion erfolgen. Ein öffentlicher kommunalpolitischer Diskussionsprozeß bietet bereits in einer frühen Phase aufgrund der Berichterstattung der lokalen Medien die Chance, Bürgerinnen und Bürger am politischen Entscheidungsprozeß teilhaben zu lassen. Die Partizipation möglichst vieler Personen und Gruppen ist elementare Voraussetzung für den interkommunalen Dialog.

Das Spektrum entwicklungspolitischer Kulturarbeit ist umfassend und bietet vielfältige Möglichkeiten, den Interessen und Bedürfnissen aller gerecht zu werden. Städtepartnerschaften bieten Chancen konkreten Handelns und entsprechen somit dem Wunsch vieler, sich direkt und im persönlichen Kontakt mit den Problemen von Unterentwicklung/Entwicklung auseinanderzusetzen. Handlungsmöglichkeiten wurden bereits 1985 im sog. „Kölner Aufruf“ (vgl. IULA u.a. 1985) aufgezeigt. Danach bieten Städtepartnerschaften die Chance:

- Entwicklungspolitisches Bewußtsein zu entwickeln, zu vertiefen und zu konkretem Handeln anzuregen (z.B. durch VHS-Seminare zur allgemeinen Entwicklungspolitik, Organisation einer „Kulturwoche“ mit Besuchern aus der Partnerstadt, Ausstellungen, Reiseberichten etc.);
- den Gedanken der Partnerschaft projektorientiert mit dem Ziel der Hilfe zur Selbsthilfe im Rahmen des community Development zu gestalten;
- Informationen über die Zusammenhänge zwischen kommunalen Entscheidungen und deren internationale Auswirkungen zu sammeln (aktuelles Beispiel ist die Diskussion über die Verwendung tropischer Hölzer bei öffentlichen Bauvorhaben);
- Kommunalpolitiker auf ihre internationale Verantwortung hinzuweisen;
- den Dialog mit fremden Kulturen anzustreben;
- die kulturelle Dimension der Partnerschaft kritisch zu reflektieren und daraus ein Konzept für den Umgang mit dem Partner zu entwickeln;
- interkulturelles Lernen in der kommunalen Kulturarbeit zu realisieren.

In enger Zusammenarbeit mit allen beteiligten Personen, Gruppen und kommunalen Einrichtungen (VHS, Bibliotheken, Museen, Kulturamt etc.) kann die Kommune administrative Hilfestellungen geben und somit die notwendigen Strukturen und Voraussetzungen für interkulturelle Lernprozesse schaffen. Theoretisch bietet eine Städtepartnerschaft viele Lernmöglichkeiten. Dies gilt für alle beteiligten Personen, kommunale Institutionen, Kommunalpolitiker und sogar für die Kommunalverwaltung.

In diesem Zusammenhang muß auch die Frage gestellt werden, wodurch das Interesse an außereuropäischen Kulturen begründet ist und wie sich diese „neue“ Kultur im Rahmen kommunaler Kulturpolitik präsentiert.

2. Renaissance der Kultur?

Kultur ist in, sie hat Konjunktur, ist ein aktuelles kommunalpolitisches Thema und über ihre Aufgabe in einer sich verändernden Gesellschaft (postmoderne Gesellschaft, Krise des Wohlfahrtsstaates, Ende der Arbeitsgesellschaft) wird heftig diskutiert. Die Kulturdezernenten sind hoch erfreut, ihre Etats steigen und die „Zehn-Prozent-Kultur“ Frankfurts wird zum Maßstab. Städte investieren in Kultur und schaffen sich ein neues Image: Neue Staatsgalerie in Stuttgart, eine Neue Pinakothek in München, Museen in Frankfurt, Köln, Krefeld, Düsseldorf und Mönchengladbach, eine Philharmonie in Köln, Kulturforum in Berlin, restaurierte Opern

„Städtepartnerschaften bieten Chancen konkreten Handelns und entsprechen somit dem Wunsch vieler, sich direkt und im persönlichen Kontakt mit den Problemen von Unterentwicklung/Entwicklung auseinanderzusetzen.“

in Frankfurt, Hamburg und Stuttgart und eine neue Oper in Essen. Alles vom Feinsten, klug durchdacht, ästhetisiert und mit ökonomischem Kalkül. Kultur zahlt sich aus und wird zu einem Wirtschaftsfaktor. Dieser „Kulturausch“ – so der nordrhein-westfälische Kultusminister Schwier (im Vorwort zu Erny/Godde/Richter 1988) – präsentiert sich allerdings ambivalent und führt zu einer Polarisierung der Kulturszene. Einerseits wird Kultur funktionalisiert und als ökonomischer Standortfaktor zum Inbegriff der Reaktivierung urbaner Zentren und dient dem Image einer lebendigen, dynamischen und prosperierenden Stadt. Andererseits soll Kultur aber auch dazu beitragen, die vielfältigen gesellschaftli-

chen Probleme zu lösen. Die Kulturdezernenten propagieren sowohl eine ökonomisierte, an den Kriterien der Leistungsgesellschaft orientierte, professionelle, institutionalisierte und letztendlich etablierte Kultur, als auch eine zielgruppenorientierte, stadtteilbezogene, dezentrale und selbstbestimmte informelle Basis-, Alltagskultur (so die zentralen Forderungen der Kulturdezernenten der an KULTUR 90 beteiligten Städte, vorgetragen am 15.10.1988 in Essen). Mit anderen Worten: die Kommunen müssen die gesamte Pluriformität kultureller Ansprüche und Aktivitäten fördern. Doch wie läßt sich das Neue, Experimentelle fördern und wie kann Kultur aufklärend, emanzipatorisch wirken, wenn sie zunehmend ökonomisiert wird und der Erfolg bzw. Mißerfolg kommunaler Kulturpolitik von Kriterien wie Besucherzahlen und Spektakularität abhängig ist?

Die Diskussion um zukünftige Kulturpolitik zeigt jedoch, daß eine Kultur „von allen, für alle“ ein Regulativ in der Diskussion um Lebenskultur sein könnte. Kommunale Kulturpolitik sollte „Sinn stiften“, positive Identifikation bieten, sich mit unbequemen Fragen und Problemen der sozialen Realität auseinandersetzen. Kommunale Kulturpolitik und -arbeit ist jedoch verwaltete Kultur, ist institutionalisiert und hierarchisch strukturiert. Nach Siebel/Häußermann „gerät sie in Aporien, wo sie zu initiieren sucht, was nur aus sozialen Bewegungen entstehen kann: Kritik, Widerstand“ (vgl. Häußermann/Siebel 1987, s. 212f.).

Dies bedeutet jedoch nicht, daß kommunale Kulturarbeit zwangsläufig scheitern muß, wenn sie neue Verhaltensmuster und veränderte Norm- und Wertgefüge zu initiieren sucht. Sie erfordert allerdings ein Umdenken, muß Mittel und Räume bereitstellen, um Neues entwickeln zu lassen und zwar ohne Kontrolle, auch wenn dies ein kaum vorstellbarer administrativer Akt wäre.

So kontrovers die Aufgabe der Kultur im Rahmen einer „Neuen Urbanität“ auch diskutiert wird, so eröffnet der Diskurs doch neue Chancen einer qualitativ veränderbaren Kulturpolitik. Die Kommunalpolitiker (bzw. deren Lernfähigkeit) werden sich zukünftig auch daran messen lassen, inwieweit sie es verstehen, die Grenzen des Wachstums zu erkennen und ihre entsprechende Ideologie in Frage zu stellen.

3. Kultur und gesellschaftliche Konfliktfelder

Die Bearbeitung von Inhalten, die infolge eines hohen Problemdrucks, fehlender Lösungsmöglichkeiten und/oder infolge unterschiedlicher Strategien kontrovers diskutiert werden, ist charakteristisch für gesellschaftspolitisch ausgerichtete Kulturarbeit. Zu diesen Inhalten zählen auch die gegenwärtigen und zukünftigen friedensgefährdenden Konflikte wie der Nord-Süd-Gegensatz und Rüstung/Abrüstung (Gewalt/Frieden).

Mit der Behandlung gesellschaftlicher Konfliktfelder gerät die Kulturarbeit zwangsläufig unter Legitimationszwänge und muß ihre Interessen z.T. gegen erhebliche Widerstände durchsetzen (Das Argument „politische Ausgewogenheit“ ist bei Veranstaltungen im kommunalen Rahmen immer dann zu hören, wenn es brisant wird). Diese Widerstände entstehen nicht durch die Behandlung des Themas selbst, sondern erst durch die Art und Weise der Bearbeitung und dadurch, daß kontroverse Standpunkte Diskussionen und Stellungnahmen auslösen. Dies kann für manchen Politiker recht unangenehm aber auch äußerst lehrreich sein, wenn er z.B. auf seine internationale Verantwortung angesprochen wird und die Öffentlichkeit wegen der Beteiligung lokaler Unternehmen am Südafrika-Geschäft um seine Meinung bittet. So können sich die Kulturarbeiter sowohl in die Kommunalpolitik einmischen, Druck ausüben als auch selber unter den der Öffentlichkeit und Medien geraten. Der Legitimationsdruck und -zwang erfordert insgesamt einen längeren Kommunikationsprozeß. Da Städtepartnerschaften nichts mit kurzatmigem und folgenlosem Kulturaktivismus gemeinsam haben, sollten kontroverse Standpunkte ausdiskutiert werden und erst dann in einem weiteren Schritt die Realisierung einer Partnerschaft erfolgen. dies wäre bereits ein bedeutsamer Lernprozeß für manche(n) Kommunalpolitiker/in.

4. Zukunftsorientierte Kulturarbeit und Städtepartnerschaften

Die Merkmale von Unterentwicklung sind Ausdruck von Friedlosigkeit und Gewalt und stellen somit eine Herausforderung dar, der sich die kommunale Kulturarbeit nicht entziehen kann, wenn die Vermittlung eines menschenwürdigen Weltverständnisses („Eine Welt“) mit zu ihren Aufgaben zählt. Im Rahmen politischer Bildung werden Probleme des Nord-Süd-Gegensatzes

meist theoretisch-abstrakt behandelt und es mangelt an Reflexion über zusammenhängende Strukturen und v.a. über ähnlich gelagerte Probleme in der eigenen Kommune wie z.B. Umgang mit Minderheiten, Ausländern, der

„Dialog ist Voraussetzung für eine Partnerschaft.“

Neuen Armut, ökonomische Strukturprobleme etc.. Die Partnerschaft mit einer Kommune in der sog. Dritten Welt stellt ein konkretes Mittel dar, die intellektuelle Auseinandersetzung mit derartigen Problemfeldern in einen fernliegenden Raum zu verlagern und in einem anschließenden Transfer mit neuem Bewußtsein und Verständnis für derartige Probleme auf die eigenen Verhältnisse zu reflektieren: die Auseinandersetzung mit fremden Kulturen erfordert eine kritische Reflexion über das Fremde und auch über die eigenen Verhältnisse, die eigene Kultur. Aus ihr lassen sich wiederum alternative Konzepte und Handlungsmöglichkeiten ableiten.

Für die kommunale Kulturarbeit und ihre Institutionen ergeben sich zwei elementare Aufgaben:

- Sie soll denegalitären Dialog mit dem Partner fördern und die Voraussetzungen schaffen, daß dieser Dialog sowohl zustande kommt als auch von möglichst vielen Bürgerinnen/Bürgern wahrgenommen werden kann;
- sie soll die Auseinandersetzung mit außereuropäischen Kulturen vorurteilsfrei fördern, da Klischees über das Fremde (Exotische) einer realistischen Betrachtung der Lebensverhältnisse der Menschen in der Partnerkommune entgegenstehen.

Ziel ist die Verminderung kultureller Gegensätze. Ein verantwortungsbewußter Umgang mit peripheren Lebensformen impliziert folgende Grundvoraussetzungen:

- Dem Verstehen von Fremdem sind Grenzen gesetzt. Wer keine fremde Sprache beherrscht, keine Reisen unternimmt, ist im Verstehen eingeschränkt;
- das Begreifen und Verstehen darf

nicht als ein rein theoretischer Lernprozeß verstanden werden, sondern erfordert die Kommunikation mit dem Fremden. Die Annäherung an den Fremden hat in behutsamen Schritten zu erfolgen.

Dieser Dialog ist die Voraussetzung für eine Partnerschaft. Seine Einübung erfordert allerdings methodische Schritte, die es auch in der Kulturarbeit zu beachten gilt. Denkbar wäre ein Raster, das in abgewandelter Form, den regionalspezifischen Bedingungen entsprechend, auch im kommunalen Rahmen realisierbar wäre. Voraussetzung hierfür ist, daß alle Möglichkeiten kultureller und politischer Weiterbildung (VHS, Lehrerfortbildung, Multiplikatorenseminare, Ausstellungen mit entwicklungsbezogener museumspädagogischer Begleitung) genutzt werden. Nach Hauser ist der „kommunikative Dialog“ nicht als ein „ängstliches Hinhinhören“ in das Seelenleben zu verstehen, sondern als eine Übung, die praktischen und intellektuellen Umgang entfaltet und das Gefühl für Menschenwürde intuitiv kultiviert (vgl. HAUSER 1987, S. 40-43). Die im Dialog mit dem Partner auftretende Verschränkung von Selbst- und Fremdininterpretation erfordert unterschiedliche Blickrichtungen:

„Die Kommunen sollten sich ihrer internationalen Verantwortung bewußt sein und den Bereich „Dritte Welt“ zum festen Bestandteil der kommunalen Kulturarbeit machen.“

- Auf das Fremde aus der Sicht des Fremden (z.B. mittels außereuropäischer Literatur, Lesungen und Ausstellungen fremder Künstler/innen, die entweder hier leben oder noch besser aus dem entsprechenden Kulturkreis eingeladen werden. Wichtiger Bestandteil derartiger Veranstaltungen, für die sich VHS, Museen, Schulen und Bibliotheken eignen, wären die Urteile der Künstler/innen über ihre eigene Kultur und deren Umgang mit ihr, z.B. Aspekte des Neokolonialismus und kulturelle Entfremdung);

- auf die eigene Kultur (z.B. kritische Auseinandersetzung mit der Kulturpolitik, Aufgabe der Kultur in einer sich verändernden Gesellschaft, Kultur- und Zivilisationskritik);
- auf den Fremden aus dem eigenen Blickwinkel (Auseinandersetzung mit europäischer Kolonialgeschichte; Erscheinungsformen, Ursachen und Auswirkungen von Rassismus und Ethnozentrismus);
- auf das Urteil des Fremden über unsere Kultur;
- auf gemeinsame und je eigene Möglichkeiten der jeweiligen Kultur;
- auf Aufgaben, die sich angesichts der endogenen Dynamik der einzelnen Kulturen im Hinblick auf das Leben in „Einer Welt“ ergeben.

Eine derartige Herangehensweise und der Umgang in Form eines „kommunikativen Dialogs“ mag angesichts mangelnder Kreativität vieler Kulturdezerate und aufgrund der Schnellebigkeit kommunaler Kulturaktivitäten utopisch erscheinen. Doch dürften Städtepartnerschaften nicht zu jenen Exotismen zählen, mit denen Kommunen ihre Internationalität und Weltoffenheit (auch ein aktueller Wirtschaftsfaktor!) zum Ausdruck bringen.

Städtepartnerschaften mit dem Ziel der Friedensförderung und interkulturellem Austausch dürfen nicht ökonomisiert werden. Eine emanzipatorisch wirkende Kulturpolitik hat jenen Kräften entgegenzuwirken, die Partnerschaften

in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas mit Absatzmärkten, Technologietransfer und suggestiver Weltoffenheit (sprich Überlegenheit) assoziieren.

Im Rahmen kommunaler entwicklungspolitischer Kulturarbeit ergeben sich vielfältige Handlungsmöglichkeiten in unterschiedlichen Bereichen:

- Informationsarbeit (Kurse, Seminare, Bereitstellung von Materialien, die darauf abzielen, das öffentliche Bewußtsein zu stärken);
- Bildungsarbeit (soll neben einem kritischen Verständnis entwicklungsbezogene Initiativen hervorbringen);
- Werbekampagnen (verweisen auf Mißstände und strukturelle internationale/lokale/regionale Zusammenhänge);
- partnerschaftliche Aktivitäten (zwischen Schulen, Dritte-Welt-Gruppen ect., die auf einer realistischen und informierten Einschätzung des sozialen, politischen, kulturellen und religiösen Umfeldes des Partners beruht);
- Planung und Durchführung eines Projektes (Kommunale Entwicklungszusammenarbeit).

5. Projektpartnerschaft

Die Planung und Durchführung eines Projekts ist bzw. wird häufig zum Leitmotiv einer außereuropäischen Partnerschaft und drückt den Wunsch vieler Bürger/innen aus, aktiv und direkt han-

deln zu können. Doch gerade dieser Bereich ist äußerst komplex, widersprüchlich und erfordert von allen Beteiligten ein überdurchschnittliches Engagement. Darüberhinaus ist diese Form entwicklungspolitischen Handelns relativ neu und die bisher gesammelten Erfahrungen unterschiedlich und kaum ausgewertet. Der Reiz, sich projektbezogen zu engagieren ist unter pädagogischen Aspekten verständlich.

Die Meinungen über den Sinn und den Erfolg derartiger Projekte gehen weit auseinander und eine Entscheidung für oder gegen ein Projekt ist von vielen Faktoren abhängig. Es ist allerdings zu betonen, daß „guter Wille“ und Engagement allein nicht ausreichen, sondern es erfordert Verantwortungsbewußtsein, Wissen, Professionalität und Kontinuität. Dies sind Kriterien, die weit über den Rahmen kommunaler Kulturarbeit hinausgehen und nicht jede Kommune ist in der Lage, solche vorbildliche Strukturen wie die Freie Hansestadt Bremen zu schaffen (vgl. Freie Hansestadt Bremen 1987).

Ich möchte an dieser Stelle kein Statement für oder gegen ein Projekt abge-

DIESE ZEITUNG KANNT ICH NICHT LÄNGER LINKS LIEGEN LASSEN.

Die folgende Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65

Ich bestelle die taz

- ☐ 4 Wochen für 25 Mark
☐ 8 Wochen für 50 Mark



DIESES ABO VERLÄNGERT SICH NICHT AUTOMATISCH!

Name, Vorname:

Straße, Hausnummer:

PLZ / Ort:

Datum, Unterschrift:

☐ Verrechnungsscheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum, Unterschrift:

ben, da die existierenden Formen (das Spektrum reicht von Schulpatenschaften über rurale Dorfentwicklung bis hin zu Regionalprojekten) und die jeweiligen strukturellen Bedingungen zu unterschiedlich sind als daß sie allgemeingültige Aussagen zulassen. In Anlehnung an den „Kölner Aufruf“ können jedoch Bedingungen und Voraussetzungen formuliert werden, die bei der Initiierung eines Projektes berücksichtigt werden sollten:

- Kommunale Projektpartnerschaft erfordert einen Dialog auf egalitärer Basis;
- der kompetente und verantwortungsvolle Einsatz aller Mittel (Finanzen, Sachmittel, Zeitaufwand) muß gewährleistet sein;
- die Kommunen sollten einen Mindestetat für die kontinuierliche Informations- und Bildungsarbeit zur Betreuung und Dokumentation des Projekts bereitstellen;
- die Erarbeitung eines entwicklungspolitischen Konzepts sollte selbstverständlich sein und das Projekt in den Gesamtentwicklungsplan der Kommune integriert sein (politische und rechtlich-administrative Absicherung);
- das Projekt muß professionell betreut werden, z.B. durch einen Entwicklungspädagogen, -soziologen und/oder durch kommunale - dem Projekt entsprechende - „Spezialisten“;
- die Arbeit an dem Projekt setzt die uneingeschränkte Beteiligung aller Gemeinwesenmitglieder und -bereiche voraus: Schulen, Parteien, Frauen-, Gewerkschafts-, Dritte-Welt Gruppen etc., Medien, etc.);
- die Entscheidung für ein Projekt sollte vom Konzept der „Hilfe zur Selbsthilfe“ im Rahmen des Community Development geleitet sein. Es sollte zeitlich begrenzt, realistisch, d.h. überschaubar sein und nach Ablauf der Zeit von den Betroffenen selbstbestimmt weiterentwickelt, verwaltet und kontrolliert werden;
- die Erfahrung und das Wissen nicht-staatlicher Entwicklungsorganisationen sollte einbezogen werden;
- das Projekt sollte die Ursachen, nicht die Symptome bekämpfen. Es sollte der sozialen Gerechtigkeit dienen, die Selbstbestimmung und insb. die Lebensbedingungen benachteiligter Gruppen fördern.

Diese Kriterienauswahl partnerschaftlichen Umgangs verdeutlicht die Komplexität, Probleme aber auch die Möglichkeiten entwicklungspolitischen Handelns. Wiederholt wurden auf Tagungen und Seminaren Beispiele aufgezeigt, die grundlegende Kriterien im Umgang mit dem außereuropäischen Partner vernachlässigten und somit das Projekt scheitern ließen. Sollte man sich aber dennoch für ein Partnerschaftsprojekt entscheiden, so bieten kleine, überschaubare und mit geringem Aufwand durchführbare Projekte wie z.B. eine Schulpatenschaft, Unterstützung und Hilfe beim Ausbau der kommunalen Infrastruktur (Trinkwasserversorgung, Schul- und Krankenhausbau etc.) meineserachtens die sinnvollsten Möglichkeiten und eine Vielzahl von Lernchancen. Nicht die Größe eines Projekts ist bedeutsam, sondern der Umgang, der Dialog mit dem Partner und die sich daraus ergebenden Ver-

haltensänderungen.

6. Fazit

Städtepartnerschaften und Partnerprojekte mit einer Kommune in der sog. Dritten Welt bieten für alle Beteiligten, Bürger/innen, Dritte-Welt-Gruppen, Schulen, kommunale Institutionen (VHS, Museen, Bibliotheken), Kommunalpolitiker/innen und Kommunalverwaltung ein breites entwicklungsbezogenes Handlungsfeld und somit Lernmöglichkeiten.

Die Kommunen sollten sich ihrer internationalen Verantwortung bewußt sein und den Bereich „Dritte Welt“ zum festen Bestandteil der kommunalen Kulturarbeit machen. Dies ist begründet in der Annahme, daß nicht nur Solidarität und Eigeninteresse Motivation für die Entwicklungszusammenarbeit sind, sondern daß es v.a. notwendig sei, Verständnis für die Menschen in peripheren Regionen, deren Probleme, Lebensbedingungen und Kultur zu entwickeln.

„Kommunale Kulturarbeit kann nichts initiieren, das nicht aus einer sozialen Bewegung entstanden ist.“

Am Beispiel einer Städtepartnerschaft (vgl. nachfolgenden Fallbericht von Johannes Holz!) lassen sich viele abstrakt-theoretische Entwicklungszusammenhänge konkretisieren, und der direkte Kontakt mit dem Partner ermöglicht einen interkulturellen Dialog. Interkulturelles Lernen ließe sich so „von Kommune zu Kommune“ realisieren. Die Voraussetzungen für derartige Prozesse müßten in einem Konzept für die kulturelle Weiterbildung (dezentral, stadtteilbezogen und zielgruppenorientiert), den regionalspezifischen Bedingungen entsprechend, geschaffen werden. Jedoch sollten die realen „Eismischungsmöglichkeiten“ der Kulturarbeiter nicht überschätzt werden: Kommunale Kulturarbeit kann nichts initiieren, das nicht aus einer sozialen Bewe-

gung entstanden ist; d.h., daß Städtepartnerschaften in der Irrationalität enden können, wenn sie von oben herab verwaltet werden. Ohne Partizipation der Bevölkerung verlieren sie ihren Sinn und ihre politische und kulturelle Legitimation.

Städtepartnerschaften erfordern Zielgruppenarbeit, nicht nur, um neue Personen für das entwicklungspolitische Arbeiten zu gewinnen, sondern auch um die Mitarbeit bereits existierender Gruppen zu gewährleisten. Deren Heterogenität erfordert allerdings die Vernetzung und Koordination aller Aktivitäten. Positive Erfahrungen haben einige Kommunen mit der Errichtung eines „Dritte Welt-Zentrums“ gemacht.

Kommunale Kulturarbeit kann strukturelle Hilfeleistung bieten, Räume und Mittel bereitstellen, koordinierend wirken, die Partnerschaft pädagogisch begleiten und den direkten Austausch ermöglichen. Kommunale Kulturarbeit im Bereich Dritte Welt erfordert jedoch auch Einstellungen und Verhaltensweisen, die sich nicht kritiklos an denen einer Leistungs- und Konsumgesellschaft orientieren. Alle Beteiligten sollten den Mut aufbringen, das „Immer Mehr“ in Frage zu stellen, wenn es ihnen mit der Realisierung des „Eine Welt“-Gedankens ernst ist. Kommunale Institutionen könnten in diesem Sinne eine Leitbildfunktion übernehmen.

Städtepartnerschaften können mehr sein als Exotismen, die Weltoffenheit und Internationalität suggerieren. Sie bieten durch ihre Notwendigkeit der Teilhabe möglichst vieler gesellschaftlicher Gruppen ein (häufig ungenutztes) breites entwicklungspolitisches Handlungsfeld, somit eine Fülle von Lernchancen und die Reflexion auf die eigenen sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Verhältnisse. Kulturelle Weiterbildung und Zielgruppenarbeit stehen dem Druck zunehmender Ökonomisierung und der Tendenz, Kultur auf das Machbare zu reduzieren entgegen. □

Literaturverzeichnis

- + Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände (Dt. Städtetag u.a.): Die Partnerschaften der Städte, Gemeinden und Kreise. Köln 1987.
- + Deutscher Städtetag: AKL III. Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des AK III „Kommunale Angelegenheiten“ der AG der Innenministerien der Bundesländer am 3./4. Nov. 1985 in Reinbek.

+ Dt. Volkshochschul-Verband e.V.: Evaluierung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit im Volkshochschulbereich (Red. R. Niemann). Bonn 1987.

+ Erny, R., Godde, W., Richter, K.: Handbuch Kultur 90. Modelle und Handlungsbedarf für die kommunale Kulturarbeit. Köln 1988.

+ Ev. Akademie Iserlohn: Kommunale Partnerschaften mit der Dritten Welt. Tagungsprotokoll 29A/86. Iserlohn 1986.

+ Dies.: Begegnung mit der Dritten Welt in jeder Gemeinde. Interkulturelles Lernen in der kommunalen Kulturarbeit. Tagungsprotokoll 100/87. Iserlohn 1987.

+ Freie Hansestadt Bremen: Bericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen an die Bremische Bürgerschaft. Bremens Zusammenarbeit mit sog. Entwicklungsländern 1985-1987. Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit beim Senator für Wirtschaft und Außenhandel. Bremen 1987.

+ Frey, R.: Entwicklung durch kommunale Zusammenarbeit. In: Verwaltungsrundschau 9/86, S. 284-287.

+ Häußermann, H., Siebel, W.: Neue Urbanität. Frankfurt/M. 1987.

+ Hauser, L.: Ideelle Ausbeutung der Exoten oder versöhnender Tanz der Standpunkte. In: Institut für Auslandsbeziehungen u. Württemb. Kunstverein: Exotische Welten - Europäische Phantasien. Stuttgart 1987, S. 40-43.

+ IULA u.a.: Towns and Development. Bericht der Europ. Konferenz der NRO und Local Community Joint Action der Nord-Süd Kooperation, Köln, 18.-20. Sept. 1985.

+ Nord-Süd Kampagne des Europarats: Mainzer Erklärung zur Ausweitung kommunaler und regionaler Entwicklungszusammenarbeit und zur Förderung der Informations- und Bildungszusammenarbeit (verabsch. am 4.11.1988 in Mainz zum Abschluß des Kongresses „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“). Bonn (dt. Welthungerhilfe) 1988.

+ Rat der Gemeinden Europas (RGE): Resolution über den Beitrag der Gemeinden und Regionen zu den Nord-Süd Beziehungen. XVI. Europatag der Gemeinden und Regionen, 30. Apr.-2. Mai 1986 in Berlin.

+ Ders.: Solidarität Wasser. Ein kommunaler Beitrag zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Düsseldorf 1986.

+ terre des hommes: Der Kölner Aufruf. Einige praktische Hinweise zur Umsetzung. Osnabrück 1987.

+ Wilkens, K. (Red.): Chancen und Grenzen von Partnerschaftsprogrammen. Direktkontakte mit Partnern der Dritten Welt. Hg. von Dienste in Übersee, Texte 36. Stuttgart 1986.

Johannes Holz

Projekt „Aalen und die Dritte Welt“. Solidaritätsarbeit und Kommunalpolitik.

Ausstellung vom 4. - 16. Mai 1987



Wochentags 8 - 20 Uhr
Sonntags 14 - 17 Uhr

Ausstellung, Begleitveranstaltungen
Aalen, Torhaus (Foyer)

Aalen und die Dritte Welt

ZEP-Treffen 1989

Damit niemand sagen kann, er hätte es nicht rechtzeitig gewußt, hier der Termin unseres diesjährigen ZEP-Treffens, zu dem alle Leser, alle Autoren und natürlich alle Redakteure der ZEP herzlich eingeladen sind und bei dem es u.a. um die Diskussion eingereicherter Manuskripte und um die Jahresplanung 1990 geht: 7.-8. Oktober 1989 (voraussichtlich auf der Schwäbischen Alb). akt

„Aalen und die Dritte Welt“

Auf Einladung des Dritte Welt-Ladens trafen sich im Juni 1985 alle Ortsverbände der Parteien, Volkshochschule Aalen e.V., Familienbildungsarbeit (ökumenisch), Ev. und Kath. Pfarrgemeinden, amnesty international, Ev. Kreisbildungswerk, Ev. Jugend, Industriegewerkschaft Metall, Comboni Missionare, Lehrer und andere Engagierte zu einem Austausch über die jeweilige entwicklungspolitische Arbeit: Was tut die Gruppierung und warum?

Der Anlaß: An Informationsveranstaltungen und Aktionen des Dritte Welt-Ladens beteiligte sich immer der gleiche Interessentenkreis. Selbst die ausgeklügeltsten Formen entwicklungspolitischer Arbeit weiteten ihn nicht aus. Initiativen anderer Gruppierungen waren bekannt, Berührungspunkte allerdings trennend.

Heftige und inhaltsreiche Kontroversen entbrannten bei der ersten Diskussion anhand der Fragen nach Politik und Motivation der Eingeladenen. Daraufhin zogen sich die Li-